

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE  
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

01.03.2023

## Personal(-entwicklung), Grundsteuerreform, FABI, Energiesparmaßnahmen Was noch zu sagen wäre...

Mit dieser vau-Extraausgabe geben wir Ihnen einen kurzen Überblick über allgemeine Entwicklungen, die aus unserer Sicht alle Berliner Finanzämter betreffen. Wir halten an unserer Auffassung fest, dass Sie eigentlich unser Arbeitgeber über Grundsätzliches informieren müsste, aber da tut sich leider weiterhin wenig. Dafür erhalten wir über das AIS andere wichtige Infos, z.B.: Schnellmitteilung 103/2022: Fusion der Finanzämter Braunschweig-Altewiekring und Helmstedt.

**Im Personalbereich** geht es einfach nicht voran. Die Senatsverwaltung für Finanzen ermittelt auf den 30.09.2022 insgesamt 752 nicht besetzte Stellen/Zeitanteile. Auf den 30.06. waren es noch - 737 Stellen. Wenn man bedenkt, dass im III. Quartal die Einstellungen der Laufbahnabsolventinnen und Laufbahnabsolventen erfolgte (rd. 250) wird schnell deutlich, dass es nach dem III. Quartal 2022 personell nur noch bergab geht, bis zur nächsten Verteilung im August/September 2023. Die Zahl der vorzeitigen Pensionierungen auf eigenen Antrag nehmen gleichzeitig spürbar zu und die Anzahl der Anträge auf Entlassung wegen beruflicher Veränderung ebenfalls. Davor kann man die Augen verschließen, oder man sieht den Tatsachen ins Auge. Als erste Maßnahme regen wir an, die Kolleginnen und Kollegen mit ihren Sorgen, Nöten und Wünsche ernst zu nehmen und konstruktiv im Arbeitsalltag zu begleiten. Ein erster Anfang könnte die ernsthafte Auseinandersetzung mit den vorliegenden Versetzungsanträgen sein und eine erkennbare Bereitschaft den zahlreichen bisher nur im Kopf gestellten Anträgen eine echte Chance einzuräumen. Alle wissen, dass Versetzungen kein Wunschkonzert sind, unsere Erfahrung ist aber, dass Kolleginnen und Kollegen nicht aus Langeweile oder Jux entsprechende Anträge stellen. Die Gründe hierfür sind genauso vielfältig wie das Leben.

Erfreulich ist, dass trotz aller Widrigkeiten auch in diesem Jahr zahlreiche **Personalentwicklungsangebote** angeboten werden sollen. Dazu gehören der Regelaufstieg (neu: ab A 7), der zweistufige Praxisaufstieg Außendienst (ab A 7) und der Führungskräfte Pool (ab A 11). Ganz besonders freut uns, dass unsere ver.di-Forderung nach einer Personalentwicklung für Tarifbeschäftigte und Beamte der Laufbahngruppe 1.1. gehört wurde und der Lehrgang zum Erwerb steuerlichen Grundwissens angeboten und im Herbst beginnen soll.

Die **Einstellungskampagne 2023** für die Anwärterinnen und Anwärter der beiden Laufbahngruppen 1.2. und 2.1. wird auch aufgrund der sinkenden Bewerberzahlen wieder ein sehr enges Rennen. Das bei uns weiterhin erst vergleichsweise spät abgeschlossene Auswahl- und Zusageverfahren verbessert unsere Lage am Ausbildungsmarkt nicht. ver.di fordert hier seit Jahren mehr Input.

**Die Grundsteuerreform** zeigt nun genau das, was viele Fachleute und auch wir als Gewerkschaft prognostiziert haben, ein bürokratisches Monster, eine Riesenaufgabe, ein Zeitfresser und das alles mit unbekanntem Ausgang. Der Gesamtaufwand für alle Beteiligten ist enorm, die Umsetzung bindet in den Finanzämtern und der Senatsverwaltung dauerhaft viele Kapazitäten und die Stimmung in der Außenwelt ist aufgeladen und führt in der Folge zu noch mehr Aufwand, da nicht nur verbaler Zorn und Ärger, sondern auch förmlicher Protest im Sinne von Einsprüchen gegen die Grundlagenbescheide die Finanzämter flutet. Und das bereits auf der ersten Stufe, denn die eigentlichen Bescheide mit der - noch unbekannten - Zahlungsaufforderung kommen ja erst noch. Ohne die erfahrenen und bewährten Kolleginnen und Kollegen der B/E Stellen, unterstützt durch die sogenannten Quereinsteigenden, wäre das alles nicht ansatzweise zu stemmen. Wir engagieren uns daher als ver.di für eine frühzeitige Entfristung der Zeitverträge und eine angemessene Personalentwicklung für alle die bei uns ihre neue berufliche Heimat gefunden haben. Die hunderttausenden Erinnerungen an die ausstehenden Erklärungen werden eine neue Eskalationsstufe erzeugen und sehr viel Arbeit mit sich bringen. Die SenFin ist hier weiterhin gefordert die B+E Stellen nach allen Möglichkeiten zu unterstützen und zu schützen.

Das neu zu gründende **Finanzamt Berlin International (FABI)** wird in etwa 9 Monaten das Licht der Welt erblicken. Für viele von uns ist es das erste Finanzamt, dass in der beruflichen Laufbahn neu gegründet wird. Schließungen, Zusammenlegungen, Aufteilungen, hatten wir alles schon, auch Gründungen nach der Wiedervereinigung der Stadt, alles verjährt. Für die Senatsverwaltung für Finanzen gilt es die erforderlichen Schritte, die Überlegungen zum Standort, zur Personalstärke und zur Personalherkunft, zur Aufgabenstellung und zur Stellenstruktur, zu planen und frühzeitig auf den Weg zu bringen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen (siehe oben) ist das kein leichtes Unterfangen. Für uns gilt hier wie stets der Ruf nach größtmöglicher Transparenz, Einbeziehung der Beschäftigten und Beschäftigtenvertretungen vor Ort, aber auch Einbeziehung der Beschäftigten aller Finanzämter in die Entwicklung, um so das neue Finanzamt von Anfang an in den Kreis der anderen 23 Finanzämter zu integrieren und nicht zu einem „unbekannten Wesen“ werden zu lassen. Ein neues Finanzamt bietet neben neuen Aufgaben und Strukturen ggf. auch Möglichkeiten der persönlichen Entwicklung, je nach Interessenlage. Hier sollte für alle Beschäftigten in der Gründungsphase ein gleichmäßiger Zugang zu den Entwicklungen, den Bedarfen, Möglichkeiten, Risiken und Chancen bestehen, um einen gleichberechtigten Zugang zu den zukünftigen Stellen zu schaffen.

**Die Energiesparmaßnahmen** aufgrund der Verordnung der Bundesregierung(EnSikuMaV), insbesondere die temporäre Aussetzung der Arbeitsschutzverordnung und damit verbunden die Absenkung der **Mindestraumtemperatur** auf 19° C wurde über den 28.02.2023 hinaus bis zum 15.04.2023 verlängert (im AIS veröffentlicht am 21.02.). Die Kolleginnen und Kollegen haben in den zurückliegenden Monaten sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht, wie individuell die Amtsleitungen der 23 Finanzämter mit den Vorgaben umgegangen sind, insbesondere auch wie diese kommuniziert und umgesetzt wurden. In Krisen lernt man sich besser kennen. Es wurde - wieder einmal - teils erhebliches Porzellan zerschlagen und die Notwendigkeit von Beschäftigtenvertretungen wurde deutlich. Die in Finanzämtern teilweise noch aushängenden Plakate zum Thema Leitbild wirkten in diesem Kontext geradezu absurd, darauf haben viele Kolleginnen und Kollegen konkret Bezug genommen. Die aktuelle Verlängerung der Maßnahmen - ohne Notlage - macht deutlich, dass Arbeitsschutzregeln offenbar einseitig „ausgesetzt“ werden können und werden. Wir werden die Entwicklung aufmerksam beobachten und einer dauerhaften Aushöhlung des Arbeitsschutzes entgegentreten.

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, verantwortlich für den Inhalt: Andreas Stoll, [Andreas.Stoll@verdi.de](mailto:Andreas.Stoll@verdi.de), Redaktion: Jörg Bewersdorf, Eric Lausch



weitere Informationen unter <https://bund-laender-bb.verdi.de/branchen/steuerverwaltung> oder mit unserem QR-Code